Der Bürgermeister verweist auf die Änderungsanträge von CDU und FDP. Der FDP-Antrag wurde per Mail nachversandt. Zum besseren Verständnis zur nachfolgenden Begründung und Diskussion ist er nochmals als **Anlage 2** dieser Niederschrift beigefügt.

Zunächst begründet Herr Sonntag für die CDU-Fraktion die Änderungsanträge.

Ansatz Machbarkeitsstudie Bahnüberführung Brückenstraße
Das Ansinnen des Antrages sei nicht neu. Noch im Januar habe man die Initiative ergriffen und sich für eine Realisierung der Bahnunterführung Brückenstraße ausgesprochen. Ausschlaggebend sei eine Aussage der DB, dass der vorhandene Bahnübergang den Status Quo nicht mehr dauerhaft sichere, da den Verkehrsanforderungen nicht mehr entsprochen werde. Von den bestehenden Alternativen komme nur die Bahnüberführung in Betracht. Nach wie vor gebe es kein eindeutiges Votum der Fachausschüsse. Nun sei bis in den September vertagt worden. Als erste Stufe habe man sich für die Machbarkeitsstudie entschieden. Diese sei zwar nicht zwingend erforderlich, biete aber auch Kritikern die Chance, sich die Visualisierung einer solchen Überführung näher anzusehen. Man wolle so alle Fraktionen „mitnehmen“. Den Betrag für die Studie habe man nach Rücksprache mit der Verwaltung unter der Voraussetzung gewählt, dass diese je zur Hälfte von der Gemeinde und der Bahn zu finanzieren sei. Obwohl Deckungsvorschläge nicht zwingend mit vorzulegen seien, habe man sich hierfür entschieden und einen Vorschlag unterbreitet.

(3) Anträge nach den Absätzen 1 und 2, die Mehrausgaben oder Mindereinnahmen gegenüber den Ansätzen des Haushaltsplanes zur Folge haben, müssen mit einem Deckungsvorschlag verbunden werden.

Streichung Sportstättenbenutzungsgebühr
Bezüglich des zweiten Antragsgegenstandes macht Herr Sonntag noch einmal die Position der CDU deutlich, die von Anfang an nicht mit der Einführung der Sportstättenbenutzungsgebühr einverstanden gewesen sei. Die CDU höre auch kritische Äußerungen zur Finanzierung der Vereine. Auch hierfür wurde ein Deckungsvorschlag vorgelegt.

Anschließend geht Herr Gräf auf die Ergänzungsanträge der FDP ein.

Sperrung des Ansatzes für Gebäude Brückenstr. 20
Es handele sich um ein historisches Gebäude aus der Kaiserzeit mit ortsprägendem Charakter. Man wolle die Chance nutzen, um dem Heimatverein Gelegenheit zu geben, sich das Gebäude näher anzusehen. Sollte es nicht an diesem Standort stehen bleiben können, müsse überlegt werden, es fachgerecht zu zerlegen und an anderer Stelle neu aufbauen. So bliebe die Bausubstanz des alten Pförtnerhauses erhalten.

Grundstücksmanagement/Holzverkauf
Für Mehraufwendungen, die durch die Beschlüsse zum Nahverkehrsbus entstehen.. Daher der Vorschlag, jährlich 6.000 Euro für den Mehrbedarf aus Holzverkauf zu generieren. Beim Blick in den Ergebnisbericht erscheine diese Summe auch realistisch.

Verstärkung Ansatz Straßenbau- und Brückenunterhaltung
Vorsorglicher Ansatz für den Fall der Beschlussfassung durch den ABV zu einer Geländerverstärkung an der Eipbachbrücke mit der Zielsetzung, die Brücke bis auf weiteres noch nutzen zu können. Sollte ein solcher Beschluss ausbleiben, gebe es genügend Bedarf an anderen Stellen im Bereich der Straßenunterhaltung.

Verstärkung Ansatz für Neueinrichtung/Wegfall von Haltestellen NVP-Bus
Schilderung der Notwendigkeit der Neueinrichtung und des Wegfalls einer Haltestelle. Somit sei hier eine entsprechende Deckung gewährleistet.

Reduzierung des Ansatzes für Werbung „Mehr Breitband für Eitorf“
Deckungsvorschlag für die beiden zuvor genannten Positionen, da die Telekom offensichtlich auf eine Werbekampagne verzichtet habe und die Mittel nicht mehr benötigt werden.

Erhöhung ÖPNV-Umlage
Erfordernis für die neuen Buslinien. Da die Änderung erst zum Fahrplanwechsel zum Ende des Jahres erfolgt, Ansatz in 2014. Deckungsvorschlag hierzu siehe Holzverkauf.

Streichung der Mittel für das Fahrgastinformationssystem
Zunächst Verzicht, da nach wie vor die Umgestaltung des Busbahnhofes „in der Pipeline“ ist. Hinzu komme, dass die Busbahnsteige bis 2020 barrierefrei sein müssen. Man müsse ohnehin am Busbahnhofes tätig werden. Zwangsläufig werde es dort zu Verlegungen kommen. Es mache keinen Sinn, erst Anlagen zu installieren, die dann in wenigen Jahren wieder abgebaut werden müssten. Das System könne als Platzhalter im Haushalt mit Nullwert verbleiben.

Abschließend bittet Herr Gräf um Unterstützung, damit die in den Fachausschüssen beschlossenen Projekte auch umgesetzt werden können.

Der Bürgermeister sieht z.B. bei Abschaffung der Sportstättenbenutzungsgebühr die Gefahr, dass man am Ende des Planungszeitraumes das geforderte Ergebnis nicht erreicht. Der Deckungsvorschlag Vergnügungssteuer sei nicht nachhaltig.

Im weiteren geht Frau Sonntag auf die haushalterische Darstellung ein. Sie schildert noch einmal kurz die Systematik des Haushaltssicherungskonzeptes. Im Rahmen eines genehmigungsfähigen HSK, wie es vorgelegt wurde, seien Anträge und Verschiebungen möglich. Zu den wesentlichen Voraussetzungen gehöre aber, am Ende des Planungszeitraumes mit mindestens einer „schwarzen Null“ abzuschließen. Nach derzeitigem Stand gebe es einen Überschuss von 7.800 Euro. Weitere Voraussetzung sei, dass freiwillige Aufwendungen nicht ausgeweitet werden dürfen. Der Deckungsvorschlag Vergnügungssteuer greife nur bedingt. Ab 2017 sei eine Erhöhung ohnehin vorgesehen. Mit Beginn des Haushaltsjahres 2018 gehe der jährliche Wegfall der Gebühren von 15.000 zu Lasten des Defizits. Mit Blick auf den am Ende des Planungszeitraumes entstehenden Fehlbetrag könnten die Änderungsanträge so nicht beschlossen werden.

Auf Frage von Herrn Gräf bestätigt Frau Sonntag, dass grundsätzlich Steuermehreinnahmen nur für den Schuldenabbau verwendet werden dürften. Allerdings beziehe sich dieser Grundsatz nur auf die laufende Haushaltsabwicklung und nicht auf die Planung.

Herr Dr. Peeters begrüßt die Vorschläge von Herrn Gräf hinsichtlich der Finanzierung der geänderten Buslinie. Man folge dem Vorschlag, als Deckungsvorschlag die Werbemaßnahmen Breibandversorgung heranzuziehen. Auch die Ausführungen zum Fahrgastinformationssystem am Busbahnhof seien nachvollziehbar. Beides trage die SPD mit.

Herr Gräf geht auf den CDU-Antrag betr. Machbarkeitsstudie Bahnüberführung Brückenstraße ein. In der Tat sei dies ein „nice to have“, müsse aber nicht unbedingt sein. Außerdem müsse man den Zeitraum zwischen Studie und tatsächlicher Planung – auch unter Berücksichtigung der dann wieder entstehenden Kosten – beachten. Sollte sich eine klare Mehrheit für die Bahnüberführung ergeben, solle man das Geld für die Studie einsparen und gleich in die Planung einzusteigen. Außerdem weist er daraufhin, dass nach Informationen aus dem letzten APUE sich die Bahn an vorgeschalteten Machbarkeitsstudien nicht beteilige. Man müsse also mit 100 % in Vorfinanzierung gehen und rede daher nicht mehr über 60.000 Euro sondern über 125.000 Euro.
Außerdem geht Herr Gräf auf den von der CDU genannten Deckungsvorschlag „Bauleitplanung Blumenhof“ in Höhe von 25.000 Euro ein. Dies sei ein zu hohes Risiko. Solange man keinen rechtsgültigen Vertrag habe, sei eine Streichung der Mittel fahrlässig. Er schlage eher vor, die Mittel vorsorglich zu sperren.
In Bezug auf den CDU-Deckungsvorschlag über die weggefallene KW-Stelle erinnert Herr Gräf an das einstimmige Votum aus dem Personalausschuss, die Leistungszulage der Beamten aus erwirtschafteten Personalkosten zu finanzieren.
Zurückkommend auf die Bahnüberführung Brückenstraße hält Herr Gräf es nicht für erforderlich, dies noch in den jetzigen Doppelhaushalt hineinzupressen. Nach wie vor gelte es auch, Alternativen zu prüfen,

wie eine intelligente BÜSTRA-Anlage mit Verschaltung der Signalanlage Kurscheid´s Eck und eventueller Ampelschaltung für die Zu- und Abfahrt P-R-Anlage.
Mit Blick auf das bevorstehende HSK hinterfragt Herr Gräf das Signal, wenn die Sportstättenbenutzungsgebühr zurückgezogen würde. Betrachte man die Unterhaltungskosten der Sportstätten, sei die Beteiligung der Vereine moderat. Streiche man die Gebühr, müssten an anderer Stelle freiwillige Leistungen zurückgenommen werden.
Zu möglichen Steuererhöhungen verweist Herr Gräf auf den schon jetzt bestehenden Steuersatz und nun wolle man eine Anhebung mehrere Jahre vorziehen. Zudem verweist er auf die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Gewerbebetriebe. Vorgezogene Steuererhöhungen seien mit der FDP nicht zu machen.

Herr Scholz fragt, ob die Politik überhaupt Deckungsvorschläge liefern müsse. Im Grunde sei der Haushalt in gewisser Weise Makulatur. Alleine bei der Sanierung des Bades werde der Ansatz gewaltig gesprengt. Unwägbarkeiten gebe es auch bei den finanziellen Auswirkungen hinsichtlich der Rückerstattung Fonds Deutsche Einheit oder Einwohnerzahlen nach der Volkszählung. Vor diesem Hintergrund sei es eher Aufgabe der Verwaltung, für den Planungszeitraum einen passenden Weg zu finden. In Bezug auf die Brückenstraße käme man nicht umhin, festzustellen, ob eine Überführung überhaupt machbar sei. Mit den FDP-Vorschlägen könne man im Grunde leben, wobei schon etwas Bauchschmerzen bei dem genannten Betrag für Holzeinschlag vorhanden seien. Ihm sei ein Ansatz aufgefallen „Geschäftsaufwendungen – Bundesförderungsprojekt Chance 7“. In 2013 seien hierfür 2.600 Euro eingestellt. Die Sperrung des Titels „Bauleitplanung“ begrüßen die Grünen.

Der Bürgermeister bezieht sich auf die Forderung, dass die Verwaltung Deckungsvorschläge vorzulegen habe. Die Verwaltung habe einen Haushaltsentwurf nach Abstimmung mit der Kommunalaufsicht vorgelegt, der auch genehmigungsfähig sei. Dies sei noch kein Beschluss. Der Rat habe den Entwurf in öffentlicher Sitzung zu beraten und zu beschließen. Hierbei sei er frei und nicht genötigt, dem Verwaltungsentwurf zu folgen. Der beschlossene Entwurf müsse aber auch genehmigungsfähig und bei Änderungen auch mit Deckungsvorschlägen versehen sein. Dies gelte vor allem für den freiwilligen Bereich. Der Beitritt zur Chance 7 sei nach wie vor nicht abgelehnt.

Herr Sterzenbach geht ergänzend auf Chance 7 ein. Der Ausschuss habe dem Rat empfohlen, dem Projekt beizutreten, wenn der Flächentausch im Regionalplan funktioniert bzw. behördenverbindlich wird. Daher sei der Ansatz vorsorglich erfolgt. Es gebe definitiv keinen Beschluss, dass die Gemeinde Eitorf dem Projekt „Chance 7“ nicht beitrete.

Herr Sonntag geht auf die mögliche Erhöhung der Vergnügungssteuer ein. Ein Vorziehen würde zu Mehreinnahmen von 75.000 oder sogar 100.000 Euro führen. Dafür könnte für fünf oder sechs Jahre auf die Sportstättenbenutzungsgebühr verzichtet werden. Exakte Planung sei sicher für den Doppelhaushalt erforderlich, für den Rest des Planungszeitraumes bis 2023 seien sicher noch „gewisse Toleranzen“ vorhanden. Für seine Partei sei ganz klar, dass man eher die ehrenamtlichen Vereine stärke, als auf die Einnahmen der erhöhten Vergnügungssteuer zu verzichten.
Die von Herrn Gräf ins Gespräch gebrachte BÜSTRA-Anlage sei für die CDU inakzeptabel, u.a. auch mit Blick auf die angestrebte Taktverdichtung. In diesem Punkt sei man unterschiedlich politisch ausgerichtet. Die CDU wolle in jedem Fall den Ansatz für die Machbarkeitsstudie in diesem Haushalt, mit welchem Ansatz auch immer.
Desweiteren geht er auf den Planungsansatz Blumenhof ein. Es sei vorgesehen, die Planung an einen externen Entwickler zu vergeben, sofern dies kostenneutral geschehe. Schaffe der Entwickler keine vernünftige Entwicklung, sei davon auszugehen, dass die Gemeinde dies auch nicht schaffe. Insofern werde der Ansatz auch nicht benötigt.
Zur Wortmeldung von Herrn Gräf bezüglich Deckungsvorschlag Personal weist Herr Sonntag daraufhin, dass im letzten Personalausschuss die genannte KW-Stelle noch nicht bekannt gewesen sei.
An anderer Stelle gehe es um größere Summen. Sehr schnell sei die Entscheidung über die Aufstockung der Mittel für die Brandschutzsanierung am Siegtal-Gymnasium gefallen. Dies zeige, dass man kann, wenn man will.
Desweiteren geht Herr Sonntag auf weitere FDP-Anträge ein. So habe man kein Problem mit der Sperrung des Ansatzes bezüglich Brückenstr. 20. Auch die Erhöhung des Ansatzes für Holzverkauf könne man mittragen, wobei man diesen nicht zwingend alles für den ÖPNV verwenden solle. Diesbezüglich verweist er auf die Schwankungen im Bereich des ÖPNV. Dem Deckungsvorschlag „Breitbandwerbung“

werde man bei der Abstimmung über den FDP-Antrag nicht zustimmen. Nach wie vor folge man auch dem Mehrheitsbeschluss zur Einführung des Dynamischen Fahrgastinformationssystems. Dazu stehe man auch heute noch.

Herr Zielinksi bedankt sich für die Ausführungen von Herrn Scholz. Der Rat sei nun mal ein politisches Gremium und nicht die Hilfstruppe der Verwaltung. Es gelte, politische Entscheidungen zu treffen, wobei es ihm zunächst einmal egal sei, ob es hierfür eine Deckung gebe. Den beiden Anträgen der CDU stimme man zu.

Frau Sonntag geht noch einmal auf Planungszeitraum ein und macht deutlich, dass der wichtigste Parameter, 2023 kein Defizit mehr auszuweisen, die Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes bzw. des HSK herbeiführe. Im Planungszeitraum werde aber in jedem Jahr ein nicht unerhebliches Defizit ausgewiesen, was über den Zeitraum ein Eigenkapitalverzehr von rund 25 Mio. Euro bedeute. Die einzelnen Fehlbeträge seien nicht für die einzelnen Jahre des Planungszeitraumes exakt festgeschrieben. Änderungsvorschläge können eingebracht werden, wobei klar sei, dass diese ggf. zu Lasten des Defizits gingen. Bei freiwilligen Aufwendungen bestehe dieser Handlungsspielraum nicht. Bestehe die Gefahr, dass durch Änderungen im Haushalt am Ende des Planungszeitraumes keine schwarze Null stehe, müsste die Politik Deckungsvorschläge vorlegen oder dies der Verwaltung überlassen.

In der Folge ergeben sich weitere Wortbeiträge, in denen sich teilweise die vorherigen Argumentationen wiederholen.

Schließlich schlägt Herr Sonntag vor, die Sportstättenbenutzungsgebühr in den Jahren 2013 bis 2017 auszusetzen. Dann sei die Deckung gegeben.

Zu prüfen sei, ob der Verzicht auf die Gebühr als freiwillige Aufwendung zu werten sei. Sei dies so, so erklärt Frau Sonntag, könne die Abschaffung „im Vergleich zu 2012“ nicht erfolgen.

Ggf. sei ein solcher Beschluss unter Vorbehalt zu fassen. Die Kämmerei wird den Sachverhalt prüfen, mit der Kommunalaufsicht abstimmen und die Information bis zur Ratssitzung vorlegen.

Herr Gräf stellt klar, dass man sich nicht für eine BÜSTRA-Anlage entschieden habe. Man wolle lediglich die möglichen Alternativen geprüft wissen. Außerdem verweist er auf die Folgekosten und die konkurrierenden Bauvorhaben wie Bauhof, Feuerwehr etc. Vorstellbar sei, planerisch die benötigten 125.000 Euro vorzusehen, aber nicht im Haushalt 2013/2014 sondern erst in den Folgejahren. So könne sich der neue Rat diesem Thema zuwenden. Bei einem solchen Kompromiss werde man nicht dagegen stimmen, sondern sich enthalten.

Für Herrn Sonntag ist dies keine Alternative. Der von der CDU gestellte Antrag habe nach wie vor Bestand.

Herr Moreira mahnt, nicht nur politisch zu argumentieren, sondern mehr an die Gemeinde zu denken. Das Problem in der Brückenstraße sei lange bekannt. Dort müsse bald etwas passieren. Daher schließe er sich auch der Meinung der CDU-Fraktion an.

Herr Dr. Peeters hält die Bahnüberführung für ein Zukunftsprojekt. Es sei Zeit, ein Zeichen zu setzen und der politischen Entscheidung ein Signal zu geben. Man sei in der Sache nicht alleine und habe einen engagierten Landtagsabgeordneten an der Seite, der seine Unterstützung signalisiert habe.

Herr Meeser unterstützt dies. Man habe schon lange genug gewartet. Er sei ebenfalls dafür, Mittel einzustellen. Hierbei sei es egal, ob nun für die Machbarkeitsstudie, eine BÜSTRA-Anlage oder eine andere Lösung. Es müsse eine Entscheidung getroffen werden. Den von der CDU genannten Deckungsvorschlag würde er nicht zur Abstimmung stellen, sondern dies der Verwaltung überlassen.

Der Bürgermeister macht noch einmal deutlich, dass die Gelder zu Lasten des Defizits gingen und entsprechende Deckungsvorschläge herbeizuführen seien.

Herr Scholz bemerkt, dass man Änderungsvorschläge der Politik nun mal hinzunehmen habe. Der Bürgermeister entgegnet, dass dies so einfach nicht sei. Alle Änderungen müssten HSK-konform sein. Komme man zu keiner vom Rat getragenen Lösung, habe man am Ende ebenfalls den Sparkommissar im Haus.

Nach weiteren Wortbeiträgen gibt Frau Sonntag ein Schreiben der Stadt Hennef bekannt bezüglich zu erwartender Mehrkosten der Lernbehindertenschule in Hennef. Da Eitorfer Kinder die Schule besuchen, beteilige sich die Gemeinde Eitorf an den Kosten. Im Doppelhaushalt 2013/2014 sei ein Ansatz von jeweils 10.000 Euro ausgewiesen. Aufgrund der Schulstatistik (maßgebliche Schülerzahl von 2010) seien die Umlagekosten neu berechnet worden. Demnach belaufen sich nun die Kosten auf etwa 51.000 Euro. Sie zitiert aus dem Schreiben, das als **Anlage 3** beigefügt. ist. Die Erhöhungen würden noch in den Haushaltsentwurf eingearbeitet.

Nach der langen Aussprache fasst der Bürgermeister zusammen und stellt fest, dass der CDU-Antrag der weitestgehende sei und lässt hierüber zuerst abstimmen und in der Folge über die übrigen Anträge. Nach einem kurzen Wortwechsel erklärt sich Herr Sonntag damit einverstanden,, dass der CDU-Antrag ohne den Deckungsvorschlag zur Abstimmung gelangt.

Frau Sonntag erklärt, dass die Änderungen in einer Liste zusammengefasst und dem Rat vorgelegt werden.